

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 05.08.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadtmuseum  
Christian Wolff Haus  
Große Märkerstraße 10  
Sitzungsraum  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 20.30Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Heike Wießner		stimmberechtigt
		aktives Mitglied im JHA
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur	
Halle		
Frau Anja Pohl		Stadtelternbeirat
Frau Carmen Wiebach	ARGE SGB II	
Halle GmbH		
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES	
FORUM		
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS	bis 20.15 Uhr anwesend
90/DIE GRÜNEN		
Herr EKHK Ralf Berger	Polizei Halle	
Herr Leonhard Dölle		Jugendwerkstatt
Halle Bauhof Halle		
Frau Beate Gellert	Kinder- und	bis 18.30 Uhr anwesend
Jugendhaus e. V.		
Frau Antje Klotsch	AWO	
Regionalverband Halle-Merseburg e. V.		
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling e.	
V.		
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und	
Jugendrat		
Herr Max Privorozki	Jüdische	
Gemeinde zu Halle		
Frau Peggy Rarrasch		Humanistische
Verband RV		
Herr Ernst-Christoph Römer	Evangelische	in Vertretung für Herrn Bognitz
Stadtmission		
Frau Helga Schubert	DRK	
Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.		
V.		
Frau Katharina Brederlow	Verw	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Andrea Schneller-Panier	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	

### Entschuldigt fehlen:

Herr Torsten Bognitz		i.V. Herr Römer anwesend
	Caritasverband	

Frau Sabine Franz	Kirchenkreis	
Halle-Saalkreis		
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht	entschuldigt
Halle		
Frau Renate Leonhard	Katholisches	entschuldigt
Propsteipfarramt		
Herr Uwe Steudel	LVWA, Abt.	
Schule und Kultur		
Frau Beauftragte für Integration u.	Migration Petra	
Schneutzer	Verw	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juni 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zur Thematik "Freilufttrinker"  
( Antrag zur Berichterstattung durch Fraktion DIE LINKE im Stadtrat 26.05.2010)
- 6. Bericht zur Zahlung der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung 1. und 2. Halbjahr  
Vorlage: V/2010/09029
- 7.2. Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung - 1. Nachtrag  
Vorlage: V/2010/09036
- 7.3. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16 SGB VIII  
Vorlage: V/2010/09038
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für ein kostenloses Mittagessen in der Kita  
Vorlage: IV/2009/08027
- 8.2. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08798
- 8.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08843
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten  
Vorlage: V/2010/08805
- 9. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 10. Mitteilungen

11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Da keine Kinder und Jugendlichen gekommen waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt** stellte die Tagesordnung fest.  
Es ergeben sich folgende Änderungen in der Tagesordnung:  
Die Verwaltung stellt den TOP 7.1. zurück.  
TOP 8.1. wird zurückgestellt.  
TOP 8.2. wird vertagt.  
TOP 8.2.1. wird vertagt.

Der Tagesordnung mit den Änderungen wird zugestimmt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juni 2010**

---

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

## **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Da in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden, gab es hier keine Bekanntgabe.

## **zu 5 Bericht zur Thematik "Freilufttrinker" (Antrag zur Berichterstattung durch Fraktion DIE LINKE im Stadtrat 26.05.2010)**

---

Der Antrag zur Berichterstattung erfolgte durch die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat am 26.05.2010.  
Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**Frau Ute Haupt** bittet hier um Diskussion. Sind Freilufttrinker ein Problem?  
Was empfindet man als störend? Stören hier die nicht eingehaltenen Normen?  
Es sollte zu dieser Thematik über Hilfsangebote diskutiert werden.

**Frau Brederlow** weist darauf hin, dass zu dieser Thematik die Drogenbeauftragte der Stadt Halle, Frau Bühler – in den Jugendhilfeausschuss eingeladen wurde.

Das Thema Freilufttrinker ist ein Thema, welches auch angesprochen werden soll und muss. Die Vielfalt spiegelt sich möglicherweise nicht so deutlich im Bericht wieder, da dies alltäglich geworden ist.

Die Frage ist hier kommt man an die entsprechenden Gruppe ran, findet man hier einen Zugang. Absprachen erfolgten mit dem Ordnungsamt und das Ziel ist, hier eine Kontinuität zu bekommen.

**Frau Gellert** sieht hier ein generationsübergreifendes Problem.

Aus ihrer Sicht ist dies ein schwieriger Kreislauf für die Kinder, da durch die Eltern/Erwachsenen das Verhalten vorgelebt wird.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Arbeit mit diesem Klientel.

Ein weiteres Problem wird darin gesehen, dass die Freilufttrinker an den Standorten auch urinieren und verschmutzen.

**Frau Ute Haupt** bittet hier um ein Statement durch die Drogenbeauftragte der Stadt Halle.

**Frau Bühler**, Drogenbeauftragte der Stadt Halle, bestätigt den vorliegenden Bericht.

Die vorliegenden Anfragen bezüglich der Problematik „Freilufttrinker“ tangieren das Arbeitsfeld des Kinder- und Jugendschutzes nur aus Sicht der Tertiär- bzw. Sekundärprävention.

Freilufttrinker gehören zum Stadtbild.

In der Tat sind natürlich nicht vorhandene Toiletten ein Problem, da hier an den Standorten starke Verschmutzungen erfolgen.

**Frau Wolff** fragt an, auf was sich hier die Verwaltung bezogen hat. Sie informiert, dass auch der August-Bebel-Platz und der Boltzplatz stark betroffen sind.

**Frau Brederlow** verweist darauf, dass die vorliegende Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Das Ordnungsamt und das Amt für Kinder, Jugend und Familie informieren sich gegenseitig bei Auffälligkeiten.

**Frau Hanna Haupt** merkt an, dass dieses Problem nicht abschließend geklärt werden kann, jedoch diese Problematik in der Diskussion bleiben wird.

## **zu 6 Bericht zur Zahlung der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung**

---

Der Bericht erfolgt regelmäßig 1x im Quartal.

**Frau Brederlow** führt zum Halbjahresbericht Kita (30.06.2010) aus.

Die Präsentation wird dem Protokoll angehängt.

In den Ausführungen geht es um die Zahlungsläufe Kita.

Der EB-Kita erhält ab Juli die Zahlungen im Nachhinein.

Die Auszahlungen erfolgen nach Fälligkeiten.

**Frau Schubert** merkt an, dass die freien Träger ein Schreiben, datiert vom 7. Juli, erhalten haben. Sie fragt an, wann die Differenz (5%) gezahlt wird.

**Frau Brederlow**, teilt hierzu mit, dass hier nur die Betriebskosten betroffen sind.

5% Eigenanteil – der Ausgleich wird mit der Verwendungsnachweisprüfung erfolgen. Die Verwaltung bewegt sich hier im gesetzlichen Rahmen.

Einsparungen betrifft hier Wasser, Energie etc.

Der Bericht wird dem Protokoll angehängt.

**Frau Klotsch** fragt hier zum inhaltlichen Teil an.

Es ist ein beachtlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen.

Werden hier Fälle erfasst, wo die Hilfe beendet wird und später dann wieder eine Hilfe gewährt wird?  
Diese Problematik sollte in der Zukunft mit dargestellt werden.  
Was heißt das, für wiederholte Hilfen, in den Kosten und was wird hier qualitativ getan?

**Frau Brederlow** teilt mit, dass diese Zahlen erfasst werden.

**Frau Wolff**, bittet um Prüfung, wieviele ambulante Hilfen in stationäre Hilfen gingen.  
Sind Zuzugsfälle mit Zahlen zu belegen?

**Herr Kogge** sagt zu, dass diese Angaben geliefert werden.

**Herr Trömel** bittet um Zahlen nicht nur zum Zuzug sondern auch zum Abgang.

**Frau Brink** berichtet über die Fallsteuerung der Hilfen zur Erziehung.  
Es erfolgt eine Vorstellung des Aufgabenbereiches des Allgemeinen Sozialen Dienstes – Ziele, Strategie, Ausblicke.  
Ziel ist eine Optimierung und Effektivierung von Arbeitsprozessen.  
Der Bericht wird dem Protokoll angehängt.

**Frau Dr. Brock**, bemerkt hier, dass der Bericht sehr allgemein gehalten ist, wo sind hier Parameter zu finden?

**Frau Brink**, merkt an, dass der Kontrollmechanismus effektiver gestaltet werden muss.

**Frau Dr. Brock** fragt an, wo hier ein politischer Handlungsbedarf liegt.

**Frau Brederlow** stellt hier klar fest, dass der politische Handlungsbedarf in der Höhe des Fallaufkommens, d.h. die Fälle steigen an jedoch nicht die Mitarbeiterzahl, deutlich begründet ist.  
Das heißt ein politisches Handlungsfeld ist gegeben.

**Frau Gellert** fand den Vortrag von Frau Brink sehr spannend.  
Stellt fest, dass über Effizienz noch einiges zu steuern ist, jedoch über kurz oder lang mehr Personal notwendig ist.

**Frau Brink**, stellt hier fest, dass immer weniger Geld für mehr Bedürftige zur Verfügung steht.  
Daraus folgt, dass der Einsatz der vorhandenen Mittel effektiver erfolgen muss.

**Frau Klotsch** fragt an, wie Fälle gesteuert werden. Aus ihrer Sicht müsste hier eine Konkretisierung erfolgen (qualitative Betrachtung).

**Frau Brink** merkt zum Thema Controlling an, dass dies ein sehr komplexes Thema ist. Dieses gestaltet sich an Messkriterien in der Fallsteuerung des Sozialarbeiters.  
Fazit: der Mitarbeiter übernimmt Verantwortung.

**Frau Schubert** fragt an, ob durch die starke Erhöhung der Fallzahlen überhaupt noch die Mittel und Planstellen ausreichen. Hier sollte ein Vergleich geführt werden, wie viele Fälle ein einzelner Mitarbeiter überhaupt bewältigen kann.

**Frau Dr. Brock** meint, dass Prozesse hier beispielhaft dargestellt werden sollten.

**Frau Klotsch** weist darauf hin, dass die Erbringung der Hilfe nicht allein in der Hand des Dienstleisters liegt. Gleichrangigkeit Hilfebringer / Hilfgewährer.  
Es muss eine Konkretisierung des Begriffes Controlling erfolgen.  
Was ist Zielerreichung und wie kann ich dies messen?  
Auseinandersetzung mit der Prozessqualität.

**Frau Dr. Brock** stellt fest, dass die nachsorgende und nicht die vorsorgliche Jugendhilfe finanziert wird.

Dank an Frau Brink für den Vortrag.

**Frau Brederlow** kündigt nun die Vorstellung eines Einzelfalls zu § 35a an.  
**Frau Thiel**, Mitarbeiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie – Teamleiterin Bereich Mitte/Nord/Ost – wird das Wort erteilt.  
Der Bericht wird dem Protokoll angehängt.

## zu 7      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 7.1      **Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung 1. und 2. Halbjahr** **Vorlage: V/2010/09029**

---

**Frau Klotsch** merkt hier an, dass diese Vorlage unter Mitteilungen genommen werden sollte, dass es sich um reines Verwaltungshandeln handelt.

Dies wird berücksichtigt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorschläge zur Förderung von Projekten in den Förderbereichen Kinder- und Jugendfreizeiten/Ferienspiele, Internationale Jugendarbeit, Familienbildung, Sonstige Projektförderung im besonderen Interesse der Stadt, Unterstützung Ehrenamt, Innovative Projekte und Jugendleiterausbildung zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Zurückgestellt.**

### zu 7.2      **Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung - 1. Nachtrag** **Vorlage: V/2010/09036**

---

**Frau Wolff** fragt hier an, ob der „Gimmi“ ohne den Jugendhilfeausschuss übertragen wurde.

**Frau Brederlow** antwortet: Nein.

Die Einrichtung gehört nach wie vor der Stadt und die ist somit Träger der Einrichtung.  
Die Personalstelle wurde im Bereich West im Kinder- und Jugendschutz angesiedelt.

**Frau Wolff** merkt an, dass das Projekt nicht in der Vorlage (Finanzierung Familienprojekte) drin war. Warum hat man sich so entschieden?

**Herr Kogge** teilt hierzu mit, dass die Sachkosten vom Gimmi so stehen gelassen wurden. Man hat hier den Kooperationspartner SPI gefunden.

**Herrn Dölle** erschließt sich nicht der Grund, warum diese Vorlage jetzt behandelt werden soll, wenn doch eine weitere Vorlage noch folgt.

Er fragt an, wie das Projekt konkret heißen soll und wann das Projekt anlaufen soll.

**Frau Brederlow** teilt mit, dass das Projekt im September anlaufen soll.

**Frau Dr. Brock** beantragt die Vertagung des TOP auf den JHA September 2010, da hier zu viele Unklarheiten bestehen.

**Abstimmung zum Antrag Frau Brock:**

<b>Ja</b>	<b>11</b>
<b>Nein</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltungen</b>	<b>2</b>

Dem Antrag von **Frau Dr. Brock** wird zugestimmt und die Vertagung der Vorlage erfolgt auf den Jugendhilfeausschuss 02.09.2010.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Förderung des Projektes im Förderbereich „Innovative Projekte“ aus Mitteln des Familienförderungsgesetzes gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung des Jugendamtes zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Vertagt** auf September 2010.

**zu 7.3 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16  
SGB VIII  
Vorlage: V/2010/09038**

---

**Frau Schöps** stellt die Vorlage an Hand einer Präsentation vor.

**Herr Trömel** hat generell nichts gegen die neue Systematisierung einzuwenden. Aus seiner Sicht ist jedoch der Umsetzungszeitraum nicht realistisch.

Es ergeben sich zu viele Fragen aus dieser Vorlage.

Welche Anforderungen werden an Stelleninhaber gestellt?

Was ist eine belastende Grundschule?

Warum läuft es nicht nach den Sozialräumen und warum jetzt wieder nach Stadtgebieten?

Einsparungen sind hier nicht ersichtlich.

Der präventive Charakter fehlt aus seiner Sicht gänzlich.

**Frau Hanna Haupt**, weist darauf hin, dass diese Thematik im UA JHP besprochen wurde.

**Frau Wolff** merkt hierzu an, dass zu dieser Thematik Frau Brederlow in die Fraktionen eingeladen werden sollte.

Hierzu kam es nicht, da Verweis auf Dienstweg (Einladung über Dezernat).

**Herr Dölle** fragt an, ob hier die Sozialraumplanungsgruppen einbezogen wurden.

Moniert hier die Größenordnung – keine Messlatte.

**Frau Schöps** merkt an, dass es in dieser Vorlage ausschließlich um den Beschluss der vorliegenden Grundsystematik für die Fortschreibung des Teilplanes der Jugendhilfe geht.

**Frau Klotsch** gibt zu bedenken, dass diese Vorlage so wie sie vorliegt weitreichende Folgen hat. Gehört aus ihrer Sicht auch in die Sozialraumplanungsgruppen und zur Diskussion mit den Trägern. Diese Vorlage ist aus ihrer Sicht nicht umsetzbar.

**Frau Brederlow** merkt hierzu klar an, dass der örtliche Träger verantwortlich für die Jugendhilfeplanung ist.  
Klar ist, dass wir gucken müssen wo Schwerpunkte liegen.

**Frau Ute Haupt** stimmt zu, dass Planung sein muss. Aber was ist im Moment machbar?  
Sie sieht hier das Problem, was beschlossen werden soll.

**Frau Dr. Brock** merkt an, dass es den Trägern nicht zuzumuten ist, diese Anforderungen in 14 Tagen umzusetzen. Ihr fehlt hier die Transparenz.

**Herr Kramer** sieht in der Vorlage auch das Problem der Messwerte und Größenordnung.

**Herr Schachtschneider** stellt fest, dass der Beschlussvorschlag und die Begründung widersprüchlich sind.

**Frau Raab** begrüßt grundsätzlich die Vorlage. Jedoch ist die Zeitabfolge problematisch.

**Frau Dr. Brock** macht deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss hier noch verstärkten Meinungsbildungsbedarf hat und stellt hiermit den Antrag die Vorlage zu vertagen und um Erstellung einer neuen Vorlage für den JHA am 02.09.2010.

#### **Abstimmung zum Antrag:**

<b>Ja</b>	<b>9</b>
<b>Nein</b>	<b>2</b>
<b>Enthaltungen</b>	<b>1</b>

Dem Antrag wird somit zugestimmt und die Vorlage wird auf den Jugendhilfeausschuss am 02.09.2010 vertagt.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende Grundsystematik für die Fortschreibung des Teilplanes der Jugendhilfe (§§ 11,13,14,16 SGB VIII).
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Untersetzung mit entsprechenden Konzepten und Projekten im Dezember vorzulegen.  
Diese Vorlage sollte sowohl die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen bezüglich der aufgeführten Zielsetzungen als auch den Vorschlag für eine Förderung aus dem UA 4750 beinhalten.

Anlage 1            Grundsystematik der Fortschreibung (§§11,13,14,16 SGB VIII)

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Vertagt** auf September 2010.

## zu 8      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 8.1      **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für ein kostenloses Mittagessen in der Kita** **Vorlage: IV/2009/08027**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Ab dem Kindergarten Jahr 2009/2010 (Beginn: August 2009) stellt die Stadt Halle allen Kindern der Stadt Halle, die im Alter von 1 – 7 Jahren eine Kindertageseinrichtung im Sinne von Krippe und/oder Kindergarten besuchen, ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung, sofern es von einem Essenlieferanten gestellt wird (keine Milch-, Milchersatz- oder Babybreinahrung) und die Erziehungsberechtigten die Mittagessenteilnahme ihres Kindes wünschen. Die Kostenfreiheit des Mittagessens gilt in Kindertageseinrichtungen, die sich in freier oder kommunaler Trägerschaft befinden.
2. Die Träger allein (bzw. in Abstimmung mit den Elternkuratorien, wenn es so bei den Trägern geregelt ist) entscheiden über den Essenlieferanten. Die Stadt erstattet dem Träger die entstehenden Kosten für die Versorgung der Kinder mit Mittagessen durch einen entsprechenden Essenanbieter. Im darauf folgenden Jahr kann die Stadt auf eine Preisregulierung in der Weise drängen, dass der Essenlieferant durch den Auftraggeber „Träger...“ ausgeschlossen werden soll, welcher den Durchschnittspreis aller Essenanbieter in der Stadt um mindestens 10 % überschreitet, es sei denn der Anbieter passt seinen Preis entsprechend an.
3. Insofern setzt die Teilnahme an der Kostenfreiheit des Mittagessens bei allen Trägern den Abschluss von 1-Jahresverträgen mit dem jeweiligen Essenanbieter oder das Auslaufen entsprechender Verträge zum 31.07.2010 voraus.
4. Die für die Maßnahme unter Punkt 1 benötigten finanziellen Mittel werden aus dem Verwaltungshaushalt zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Zurückgestellt.**

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08798**

---

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine gleichmäßige Verteilung von Spielplätzen in allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

- a) Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption **(IV/2005/05176)** bis zur Stadtratssitzung im August 2010 vor.
- b) In dieser legt die Stadtverwaltung dar, wann und wie die bestehende Unterversorgung in den priorisierten Stadtteilen endlich abgebaut werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Vertagt.

**zu 8.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08843**

---

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Im Betreff des Antrags wird „gleichmäßigen“ durch „bedarfsgerechten“ ersetzt
2. In Zeile 1 des Beschlussvorschlags wird „gleichmäßige“ durch „bedarfsgerechte“ ersetzt.
3. „Dabei sind folgende Kriterien anzulegen.“ wird ersetzt durch „Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im August 2010 vor. Dabei soll:
  - a) eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen werden,
  - b) eine Prognose des Bedarfs bezogen auf die Sozialräume bis 2025 auf Basis der stadtteilbezogenen Bevölkerungsprognose und des ISEK vorgelegt werden,
  - c) diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt sein,
  - d) ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 enthalten sein,
  - e) eine Schätzung zur Höhe der zur Umsetzung der Konzeption bereitzustellenden Investitionsmittel vorgelegt werden,
  - f) dargestellt werden, welche Möglichkeiten die Verwaltung zur Einordnung der notwendigen Investitionen in den Vermögenshaushalt 2011 und die Finanzplanung 2012-2016 sieht.“
4. Punkt b) des Antrags wird als Punkt g) an den neuen Text angefügt.

5. Es wird ein Punkt 2. mit folgendem Wortlaut angefügt. „Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2010 einen Bericht zum Zustand und zur Frequentierung der vorhandenen Spielplätze im Stadtgebiet vorzulegen, der die Arbeit der „Spielplatzplatzdetektive“ des Kinder- und Jugendrates einbezieht.“

**Abstimmungsergebnis:**

**Vertagt.**

**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten  
Vorlage: V/2010/08805**

---

**Frau Dr. Brock** führt zu diesem Antrag aus.  
Kinderbeauftragte gibt es auch in vergleichbaren anderen Großstädten.

**Herr Kogge** teilt mit, dass der Antrag Punkte aufweist die reflektiert werden müssen.  
Ein Kinderbeauftragter ist keine gesetzliche Pflichtleistung.  
Das Jugendamt ist an sich der Beauftragte für Kinder (laut Bundesgesetz), daher ist seine Empfehlung dahingehend, den Antrag abzulehnen.

**Frau Raab** sieht hier einen sehr starken und aktiven Kinder- und Jugendrat.  
Spricht sich gegen einen Kinderbeauftragten aus.

**Frau Ute Haupt** fragt an, inwieweit hier nicht eine bestehende Stelle im Amt existiert.

**Frau Brederlow** verneint die. Die Mitarbeiterin im Amt ist Partizipationsbeauftragte.  
Diese Mitarbeiterin arbeitet eng mit den Kinder- und Jugendrat zusammen.  
Es fragt sich, welchen Gewinn die Stadt Halle haben sollte, hier eine einzelne Person zu benennen.

**Frau Klotsch** hätte im Antrag klarere Aufgabenformulierungen erwartet.  
Ein Kinderbeauftragter verursacht Kosten, wer soll diese tragen?

**Herr Hopfgarten** sieht hier keinen effektiven Sinn. Ein Kinderbeauftragter wäre nur plakativ.  
Aufgaben werden vollumfänglich durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie erfüllt.

**Frau Schubert** empfiehlt, dass die Fraktion diesen Antrag nochmals überdenken sollte.

**Herr Kogge** gibt mit auf den Weg, dass im Falle einer Überarbeitung keine Aufgaben der Jugendhilfe benannt werden. Bittet um Beachtung des gesetzlichen Rahmens.

**Frau Dr. Brock** stellt den Antrag zurück und wird den Antrag bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses überarbeiten.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Halle bestellt eine/n hauptamtlich tätige/n Kinderbeauftragte/n.

**Abstimmungsergebnis:**

**Zurückgestellt**

Anmerkung:

Der Antrag wird durch Frau Dr. Brock, Bündnis 90/Die Grünen, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses überarbeitet.

## zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Keine schriftlichen Anfragen.

## zu 10 Mitteilungen

---

**Herr Kogge** informiert betr. Förderschulen.  
Diskussion im Bildungsausschuss erfolgte. Beschlussvorlage wurde auf die folgende Sitzung verschoben.

**Frau Brederlow** informiert, dass betr. Hort Johannes weitere Treffen erfolgen werden.

## zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### **Anfragen Frau Ute Haupt (Die LINKE):**

In der Presse wurde am 5.August über das angelaufene Projekt " Frischobst an Schulen" informiert. Sind Hallesche Schulen am Projekt beteiligt sind und gab es Bewerbungen seitens der Stadt etc.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Das Projekt "Hühnermanhatten" hat wieder Schlagzeilen in der Presse gemacht, weil u.a. das Bauordnungsamt Gutachten einfordert, die vom Verein nicht zu bezahlen sind. Frau Haupt möchte gern wissen ob, und wenn wie , auf welche Weise das Jugendamt hier helfen kann. Hintergrund der Anfrage ist auch, dass wir als Jugendhilfeausschuss in der Vergangenheit bei der Suche nach einem neuen Standort des Projektes (damals musste Herr Machemer aus seinem Domizil am Steintor ausziehen, weil die HWG das Objekt verkauft hat...)

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

**Herr Hopfgarten (SPD)** bittet um Information zum Renovierungsstand der Kita Sausewind/Traumland.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

### **Anfrage Frau Dr. Brock (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) zu begleiteten Umgängen:**

Beim Besuch des Kinderschutzbundes („Blauer Elefant“) kam die Sprache auf begleiteter Umgänge; dem Jahresbericht der Einrichtung ist zu entnehmen, dass es 2009 38 Anfragen für begleitete Umgänge gab wovon nur 16 vom Kinderschutzbund durchgeführt wurden; es wird konstatiert, dass 15 Anfragen aufgrund mangelnder zeitlicher und personeller Kapazitäten nicht umgesetzt werden konnten.

Wie viele Anfragen diesbezüglich hat das Jugendamt 2009 registriert?

Wie viele Familien konnten tatsächlich vermittelt werden?

Gab es Anfragen die aufgrund mangelnder zeitlicher und personeller Kapazitäten nicht umgesetzt werden konnten?

Was sind die Ergebnisse dieser Treffen?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Wolff (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM)**

Wenn Hühnermanhatten und Rock-Station nicht mehr sind, wie geht der Jugendhilfeausschuss damit um, da diese Einrichtungen stark frequentiert sind?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

**zu 12      Anregungen**

---

**Frau Raab** regt an (hier in Bezug auf die Beantwortung der Anfrage Frau Wolff „Wie viel Kinder mit Migrationshintergrund werden in KITA's der Stadt Halle betreut“) auf Formulierungen zu achten. Hier bezogen auf „rassistischer Herkunft“.

Mitarbeiter sollten hier im sprachlichen Umgang geschult werden.

**Herr Kogge** gibt Frau Raab recht und stimmt der Anregung von Frau Raab zu.

Gez. Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

Andrea Schneller-Panier  
Protokollführerin

